



NIEDERSCHRIFT

| | |
|-----------------------|--|
| Gremium | Finanz- und Wirtschaftsausschuss |
| Sitzungsnummer | 2. Sitzung |
| Datum | Dienstag, den 30.05.2006 |
| Sitzungsbeginn | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende | 19:40 Uhr |
| Sitzungsort | Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses |

Anwesend waren:

vom Gremium:

| | |
|--|-----------|
| Ausschussvorsitzender Altenheimer, | CDU |
| Stellv. Ausschussvorsitzender Jeschke, | FWG |
| Stadtverordnete Donges-Herbel, | SPD |
| Stadtverordnete Droß, | SPD |
| Stadtverordneter Kleber, | SPD |
| Stadtverordneter Wagner, | SPD |
| Stadtverordneter Weiß, | CDU |
| Stadtverordneter Heyer, | CDU |
| Stadtverordnete Lefèvre, | FWG |
| Stadtverordneter Borchers, | B90/Grüne |
| Fraktionsvorsitzende Rinn, | FDP |

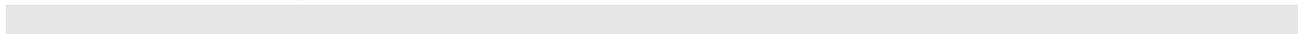
vom Magistrat:

| | |
|--------------------------|-----|
| Oberbürgermeister Dette, | FDP |
| Stadtrat Hauptvogel, | FWG |

von der Verwaltung:

| | |
|--------------------------------|------|
| Herr Peters, Rechtsamt | ohne |
| Herr Strunk, Feuerwehr Wetzlar | ohne |

ferner waren anwesend:



AV Altenheimer eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 09.05.2006

TOP 2

0091/06

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wetzlar

TOP 3

0059/06

Regionalmanagement MitteHessen

Bericht über die Aktivitäten

TOP 4

Verschiedenes

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 09.05.2006

Mitteilungen

OB D e t t e informierte über folgende Themenbereiche:

Haushalt 2006

Der RP habe den Haushalt und die Haushaltssatzung ohne Auflagen genehmigt.

Prüfung der Sonderstatusstädte durch den Landesrechnungshof

Der Landesrechnungshof prüfe zur Zeit die Finanzbeziehungen aller Sonderstatusstädte und Landkreise. Die Prüfung erfolge insbesondere vor dem Hintergrund der Reduzierung des Ermäßigungssatzes der Kreisumlage. Das Ergebnis der Analyse, mit dem seiner Ansicht nach bis Ende 2006 zu rechnen sei, solle die Grundlage für eine grundsätzliche politische Entscheidung bilden. Er verwies dabei auf die umfangreiche und schwierige Komplexität des Sachverhaltes anhand der Diskussion der letzten Kommunalkonferenz, auf der die Landesregierung u. a. eine mögliche Veränderung des Finanzausgleiches in Betracht ziehe, da die Ansicht vertreten werde, die Landkreise mit Sonderstatusstädten würden gegenüber anderen Landkreisen bevorteilt.

Regionalisierungsmittel des Bundes

Die Bundesregierung kürze die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV und schienenbezogenen Verkehr. Die Mittel seien auf Grund der Delegation der Bestellung des Nahverkehrs von der Bahn auf die Länder und Kommunen bereitgestellt worden. Insgesamt sollen 3,3 Milliarden € gestrichen werden, so dass der RMV mit einer Kürzung von 10 % rechnen müsse. Ein Ausgleich komme nur durch eine Preiserhöhung in Betracht. Unter Umständen müssten auch die Mittel für den innerstädtischen Busverkehr gekürzt oder gestrichen werden.

Anfragen

Kommunalwahlen 2006

Stv. K l e b e r erkundigte sich nach angeblichen Manipulation im Wahlbezirk Garbenheim. OB D e t t e stellte klar, dass keine Manipulation stattgefunden habe. Ein Mitglied des Wahlvorstandes habe lediglich auf einem Musterstimmzettel Notizen vermerkt und eingesteckt. Der Vorfall konnte noch am Wahlabend geklärt werden und sei dem Wahlausschuss, in dem alle Parteien vertreten seien, vorgetragen worden. Auch der Wahlausschuss habe die Gültigkeit der Wahl nicht in Frage gestellt. Stve. L e f è v r e, Wahlvorsteherin des Wahlbezirkes Garbenheim, erläuterte, dass sie die Angelegenheit angesprochen und zur Zufriedenheit aller Wahlvorstandsmitglieder aufgeklärt habe. Die Richtigkeit des Wahlverfahrens sei von allen bestätigt worden.

Handball-WM

Auf Frage des Stv. W a g n e r nach dem Beauftragten der Handball-WM berichtete OB D e t t e, dass das Sportamt federführend mit den heimischen Vereinen und dem Organisationskomitee die Handballweltmeisterschaft 2007 vorbereite. Hierzu habe die Stadt zeitlich begrenzt einen Raum zur Verfügung gestellt, den Mitglieder des Handballbundes und ehrenamtliche Helfer zur Vorbereitung nutzen.

Edelstahlwerke

Stve. D r o ß bezog sich auf ein Interview der WNZ mit dem Käufer der Edelstahlwerke und fragte nach inzwischen stattgefundenen Gesprächen mit OB Dette. Dieser berichtete, dass er den Inhalt des Artikels bestätigen könne. In einem persönlichen Gespräch habe man ihn über Neuinvestitionen informiert und versichert, dass der Standort Wetzlar weiterhin bestehen und gestärkt werden solle.

Lärmschutzwand Garbenheim

OB D e t t e sagte zu, die Frage der Stv. D r o ß nach Fördermitteln in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Optikparcours

Stv. D r o ß fragte nach den Kosten der Objekte für die Stadt. OB D e t t e erläuterte, dass zunächst vorgesehen gewesen sei, dass die Stadt die Fundamentarbeiten und die Sponsoren die Herstellung der Objekte übernehmen sollten. Es habe sich aber eine Finanzierungslücke ergeben, da vor der Herstellung der Objekte Planungsaufwendungen erforderlich werden. Begründet liege dies in der jeweils individuellen Planung und Fertigung der Objekte. Die allgemeinen Planungsmittel des Baudezernates seien für diese Finanzierung nicht ausreichend. StR Beck habe daher den Optikparcours als ergänzendes Modul zum Haus der Optik der EU vorgestellt und ergänzende Mittel beantragt. Grundsätzlich sei eine Förderung möglich, eine Zusage liege jedoch noch nicht vor.

Umgestaltung des Karl-Kellner-Rings

Auf Frage der Stv. D r o ß nach Vorschlägen von Prof. Dr. Erbach zur Umgestaltung des Karl-Kellner-Ringes im Bereich des Kreishauses erwiderte OB D e t t e, dass die Gehwegplatten des Karl-Kellner-Ringes grundsätzlich sanierungsbedürftig seien. Prof. Dr. Erbach habe als Mitglied des Stadt-Marketing Vereins Vorschläge zum beidseitigen Parken eingebracht, die bei einer Sanierung berücksichtigt werden sollten. Der Magistrat habe bislang noch keinerlei Entscheidung getroffen, da dieser Vorschlag geprüft werden müsse.

Haarplatz

Auf Frage der Stv. D r o ß berichtete StR H a u p t v o g e l, dass mit heutigem Datum die Abgabefrist der Ausschreibung abgelaufen sei. Die zwei vorliegenden Angebote würden entsprechend den Kriterien überprüft und dann dem Parlament vorgestellt.

Niederschrift vom 09.05.2006

Die o. g. Niederschrift wurde ohne Einwendungen genehmigt.

TOP 2

0091/06

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wetzlar

OB D e t t e machte deutlich, dass die Organisation der Feuerwehr weiterhin auf der Freiwilligkeit beruhen sollte. Die Satzungsänderung beziehe sich daher nur auf die Leitung der Feuerwehr. Er begründete dies damit, dass auf Grund der Problematik der Tagesalarmbereitschaft der RP den Magistrat aufgefordert habe, tagsüber hauptberufliche Einsatzkräfte zu beschäftigen. Die Leitungsfunktion der hauptberuflichen Feuerwehrkräfte werde künftig daher nicht mehr von einem gewählten, sondern von der Stadt zu bestellenden Stadtbrandinspektor wahrgenommen. Herr Strunk habe die entsprechenden Qualifikationen erworben und könne mit der Leitung beauftragt werden. Die Stadt beschäftige derzeit bereits 10 Feuerwehrkräfte, eine Stelle sei noch zu schaffen. Die Mitarbeiter hätten bereits interne Verwaltungsaufgaben übernommen, wie z. B. Wartung und Geräteausgabe, Verwaltung des Fahrzeugpools usw. OB D e t t e wies darauf hin, dass die Stadt mit dieser Kombination mit der Freiwilligen Feuerwehr gegenüber anderen Sonderstatusstädten eine sehr kostengünstige Feuerwehr unterhalte. Weiterhin sei die Intensivierung der Kooperation mit der Werksfeuerwehr Buderus vorgesehen.

Stv. W a g n e r monierte eine fehlende Synopse über die Veränderungen der Satzung und das Fehlen der von OB Dette gemachten Ausführungen in der Vorlage. Angesichts der veränderten Situation, dass die Wehrführer ihren Leiter künftig nicht mehr selbst wählen können, bat er um ein Stimmungsbild aus dem Feuerwehrausschuss. Weiterhin sehe er eine auf Grund der hauptberuflichen Feuerwehrräfte eine Gefährdung des ehrenamtlichen Elementes, insbesondere der Motivation der Freiwilligen Feuerwehrräfte. Diese und die getroffenen Investitionen sehe er entwertet. OB D e t t e teilte die Meinung des Stv. Wagner insofern, dass die Motivation für das Ehrenamt erhalten bleiben müsse. Die gemachten Investitionen hätten aber seiner Ansicht nach entgegen den Befürchtungen eine positive Entwicklung bewirkt, abzuleiten an Neuzugängen bei der Feuerwehr. Herr S t r u n k berichtete, dass der Feuerwehrausschuss die Satzung einstimmig beschlossen habe. Er erläuterte, dass in Wetzlar seit zwei Jahren eine ständige Einsatzleiterbereitschaft bestehe. Diese werde mit vier Kräften, die die laut Feuerwehrverordnung erforderliche Ausbildung zum Stadtbrandinspektor gemacht haben, geteilt. Eine Unterstützung während der Tagesbereitschaft bestehe seit längerem, da die Feuerwehr in den Stadtteilen tagsüber nicht mehr voll einsatzfähig sei. Diese Unterstützung entbinde die Freiwillige Feuerwehr natürlich nicht von ihrer grundsätzlichen Einsatzbereitschaft.

Stve. L e f è v r e verwies darauf, dass Berufstätige der Rufbereitschaft nicht mehr in vollem Umfange nachkommen könnten. Das bedeute aber keine Schmälerung des Ehrenamtes. Stv. K l e b e r stellte folgende Fragen:

1. Ob die Satzung auch in den einzelnen Wehren diskutiert worden sei,
2. ob der Wehrführerausschuss zukünftig mehr Personen haben werde,
3. ob Kontakte mit der Feuerwehr der Firma Hensoldt bestehen und
4. wo die zehn hauptamtlichen Mitarbeiter stationiert seien.

Herr S t r u n k beantwortete die Fragen:

Zu 1.

Ein Arbeitskreis habe die Satzung vorbereitet und im Wehrführerausschuss vorgestellt. Es entziehe sich seiner Kenntnis, ob die Satzung in den einzelnen Wehren diskutiert worden sei.

Zu 2.

Der Wehrführerausschuss werde künftig um einen Vertreter der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen auf zwölf Personen erweitert.

Zu 4.

Die vorhandenen hauptamtlichen Mitarbeiter seien in der Verwaltung in den Bereichen vorbeugender Brandschutz, technischen Bereich, z. B. Wartung von Geräten, in der Verwaltung des Fahrzeugpools, Kleiderkammer und Strahlenschutz tätig.

OB D e t t e erklärte zu Frage 3, dass eine Kooperation mit der Feuerwehr der Firma Hensoldt bislang nicht gegeben sei.

Stv. W a g n e r bezog sich auf die Bemerkung der Stv. Lefèvre und erklärte, dass eine Balance zwischen den hauptamtlichen Feuerwehrräften und dem Ehrenamt gehalten werden müsse. Stv. B o r c h e r s kritisierte die seiner Ansicht nach dürftige Begründung der Vorlage. Die Diskussion habe nunmehr gezeigt, dass es um die Sicherstellung

der Aufgaben der Feuerwehr gehe und sich für die Stadtteile keine Veränderung ergebe, da die Freiwillige Stadtteilfeuerwehr nicht von ihrer Ruf- und Alarmbereitschaft befreit werde. Es mache daher keinen Unterschied, dass zukünftig an der Spitze ein hauptamtlicher Leiter stehen werde. Auf seinen Vorhalt hin stimmten die Ausschussmitglieder folgender Textänderung in der Satzung zu:

Seite 7, § 13 Absatz 4, 2. Satz

„Erfüllt der/die Gewählte die Voraussetzungen **zum Hauptbrandmeister** nicht, so wird er/sie zunächst kommissarisch beauftragt.“

Auf Hinweis des Stv. **W a g n e r** ergaben sich die weiteren Änderungen:

Seite 2, § 4 Absatz 5, 2. Satz

Hinter dem Wort „Bestimmungen“ solle ein Komma eingefügt werden:

„Dabei ist der/die Feuerwehrangehörige durch Unterschriftsleistung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner/ihrer Aufgaben, die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, dieser Satzung sowie den Dienstanweisungen ergeben, zu verpflichten.“

Seite 2, § 4 Absatz 6

„Die Ablehnung der Aufnahme eines Bewerbers/einer Bewerberin hat durch schriftlichen mit Begründung und **Rechtsbehelfsbelehrung** versehenen Bescheid durch den Magistrat auf Antrag des Leiters/der Leiterin der Feuerwehr nach Anhörung des Wehrführers/der Wehrführerin und des Feuerwehrausschusses zu erfolgen.“

Abstimmung über die so geänderte Vorlage: 7.0.4

TOP 3

0059/06

Regionalmanagement MitteHessen

Bericht über die Aktivitäten

Stv. **W a g n e r** erinnerte daran, um einen jährlichen Bericht mit der Bewertung des Magistrates gebeten zu haben. Hier liege aber - wie bereits von ihm in den Vorjahren kritisch angemerkt - eine Darstellung aus Sicht des Vereines vor. Er erkundigte sich nach den Aktivitäten nicht aufgeführter Arbeitskreise und fragte, ob diese überhaupt getagt hätten. Laut **OB D e t t e** hätten die Arbeitskreise getagt, aber keine außenwirksamen Aktivitäten entfaltet. Der Magistrat mache sich den Tätigkeitsbericht insgesamt zu Eigen und bewerte die Aktivitäten als sinnvoll. Wetzlar habe durch den Verein profitiert, wie z. B. durch das Photonik-Zentrum, dem Kongress Bildungsforum und Teilnahme an der Expo Real.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 4

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss AV Al t e n h e i m e r den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.

gez.